

Die Bundestagswahl 2017 in Ostdeutschland: ein Alarmsignal für die Volksparteien

Hendrik Träger

1. Einleitung

„Es mag das 27. Jahr der Einheit sein. Doch Ost- und Westdeutschland wählen wie zwei verschiedene Länder“, kommentierte der Journalist Detlef Esslinger (2017, S. 9) das Ergebnis der Bundestagswahl 2017. Das unterschiedliche Wahlverhalten wird mit Blick auf die ‚Alternative für Deutschland‘ besonders deutlich: Während die rechtspopulistische Partei in den ostdeutschen Flächenländern weit überdurchschnittliche Zweitstimmenanteile erreicht, rangiert sie in den westdeutschen Ländern und Berlin – wenngleich teilweise nur knapp – unter dem bundesweiten Resultat von 12,6 Prozent. Eine so klare Trennung zwischen Ost und West gab es bei der Bundestagswahl 2013 noch nicht; damals reüssierte die (seinerzeit vorrangig eurokritische) AfD auch in Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Berlin und dem Saarland überdurchschnittlich.

Von dem „rote[n] Osten“ (Gabriel 2011, S. 157), in dem die SPD bei drei Bundestagswahlen (1998, 2002, 2005) die meisten Stimmen erhielt, ist mittlerweile kaum noch etwas übrig. Die Sozialdemokraten sind in Ostdeutschland mit 13,9 Prozent auf den vierten Platz abgerutscht; und die Linke (17,8%) verlor ihre Position hinter der CDU (27,6%) an die AfD (21,9%). Die ‚neuen‘ Länder haben in atemberaubender Geschwindigkeit zahlreiche AfD-blaue Einfärbungen bekommen. Für die beiden (großen) Volksparteien votierten nur noch 41,5 Prozent der ostdeutschen Wähler/innen; im Westen entfielen immerhin 56,0 Prozent auf Union und SPD.

Angesichts der erheblichen Unterschiede zwischen Ost und West wird in diesem Beitrag anhand mehrerer Parameter, die aus den bisherigen Befunden der Wahlforschung abgeleitet werden (*Abschnitt 2*), das Wahlverhalten am 24. September 2017 analysiert (*Abschnitt 3*) und nach den Folgen für das politische System gefragt (*Abschnitt 4*).



Dr. phil. Hendrik Träger

Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig und stellvertretender Vorsitzender des Sächsischen Kompetenzzentrums für Landes- und Kommunalpolitik (SKLK).

2. Befunde der Wahlforschung und Analyseparameter

Seit dem ersten gesamtdeutschen Urnengang im Dezember 1990 sind signifikante Differenzen zwischen den ‚alten‘ und den ‚neuen‘ Ländern zu beobachten, sodass 2017 keine Ausnahme ist. Eine wichtige Rolle dafür, dass „der Osten anders“ (Schmitt 2001, S. 96) wählt, spielte zunächst die PDS. Die Partei entwickelte sich als Vertreterin spezifisch ostdeutscher Interessen zum „Katalysator der Partei- und Wahlpräferenzen“ (Kreikenbom 1998, S. 24) zwischen Ostsee und Thüringer Wald.

Die regionalen Unterschiede beim Wahlverhalten sind ein regelmäßiger Untersuchungsgegenstand der Politikwissenschaft (siehe exemplarisch Arzheimer/Falter 2002; Gabriel 2011; Jesse 2004, 2009, 2011; Schmitt 2001; Schoon/Werz 2005; Träger 2011, 2015). Die wichtigsten Erkenntnisse fasst Eckhard Jesse (2009, S. 970) wie folgt zusammen:

„Auch die Fragmentierung und die Polarisierung der Parteienlandschaft sind größer. Die beiden Volksparteien und die Liberalen wie die Grünen schneiden insgesamt schwächer ab. Hingegen sind die rechtsextremistischen Parteien stärker, wenngleich nicht stark; gleiches gilt für die ‚Sonstigen‘ wegen der schwächeren Parteidentifikation. Vor allem durch die Erfolge der Linken unterscheiden sich die Ergebnisse in den beiden Teilen Deutschlands.“

Aufgrund der bisherigen Befunde ergeben sich die folgenden Parameter für eine Analyse des Wahlverhaltens:

- Die Ostdeutschen nutzen ihr Wahlrecht seltener als ihre Landsleute im Westen. Bereits bei drei Landtagswahlen waren Negativrekorde mit einer Beteiligung von unter 50 Prozent zu vermelden. Als eine Ursache für die Abstinenz von der Wahlurne wird das „Anwachsen der Parteienverdrossenheit“ (Jesse 2004, S. 958) genannt. Auch für die Bundestagswahl 2017 lässt sich also eine geringere Partizipation im Osten als im Westen vermuten.
- Die „kaum stabile[n] Parteiloyalitäten“ (Arzheimer/Falter 2002, S. 35) in den ‚neuen‘ Ländern führen zu einem volatilerem Abstimmungsverhalten. Oscar W. Gabriel (2011, S. 158) spricht sogar von einer „Unberechenbarkeit der ostdeutschen Wählerschaft“. Dem ist jedoch zu entgegen, dass „die Ostdeutschen (...) nicht per se wechselbereiter als die Westdeutschen“ (Träger 2015, S. 74) sind. Auch in den ‚alten‘ Ländern kommt es „vermehrt zu volatilen Eruptionen“ (Jesse 2011, S. 110). Aufgrund der schwächeren Parteibindung (vgl. Ohr/Quandt 2012) ist aber grundsätzlich eine überdurchschnittliche Wechselbereitschaft in Ostdeutschland zu erwarten.
- Hinsichtlich der Ergebnisse der einzelnen Parteien ist es wahrscheinlich, dass Union, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Westen höhere Stimmenanteile als im Osten erreichen. Für die Linke als Nachfolgerin der ostdeutschen Regionalpartei PDS ist hingegen Umgekehrtes zu erwarten. Die erst 2013 gegründete AfD wurde in den meisten Studien noch nicht berücksichtigt. Allerdings sind angesichts der Wahlen seit 2014 und des Befundes, dass rechts von der Union zu verortende Parteien im Osten „stärker, wenngleich nicht stark“ (Jesse 2009, S. 970) abschneiden, überdurchschnittliche Ergebnisse in den ‚neuen‘ Ländern naheliegend.

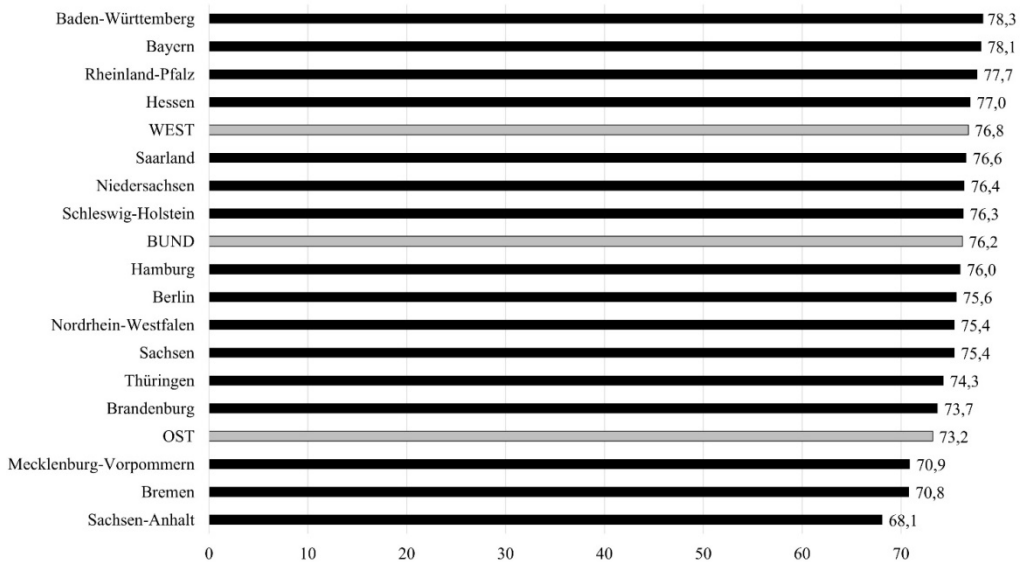
3. Die Bundestagswahl 2017 im Ost-West-Vergleich

Die vorgestellten Parameter dienen als Rahmen für die folgende Analyse, um das Wahlverhalten in Ost und West miteinander zu vergleichen und auf diese Weise die Besonderheiten des ostdeutschen Elektorats herauszuarbeiten. Weil der Osten – ebenso wie der Westen – keine monolithische Einheit bildet, sondern regionale Differenzen aufweist, wird der Blick nicht nur auf die einzelnen Bundesländer, sondern auch auf die Wahlkreise¹ gerichtet.

3.1 Wahlbeteiligung: geringe Partizipationsquoten im Osten

Bei der Wahlbeteiligung bilden die ostdeutschen Flächenländer fast eine geschlossene Gruppe mit niedrigen Beteiligungsquoten; lediglich Bremen ist mit Platz 15 eine Ausnahme. Auch Berlin, das wegen der bis 1990 bestehenden Trennung zwischen Ost und West einen historischen Sonderfall darstellt, ist – wenngleich nur knapp hinter Hamburg liegend – in der unteren Hälfte angesiedelt. Dieses Bild bestätigt die bisherigen Befunde hinsichtlich einer Partizipationsschwäche der Ostdeutschen. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu betonen, dass die Beteiligungsraten in den meisten Ländern mit Werten zwischen 78,3 Prozent (Baden-Württemberg) und 73,7 Prozent (Brandenburg) dicht beieinanderliegen; mit etwas Abstand folgen Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen-Anhalt (*siehe Abbildung 1*).

Abbildung 1: Wahlbeteiligung (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Bundeswahlleiters.

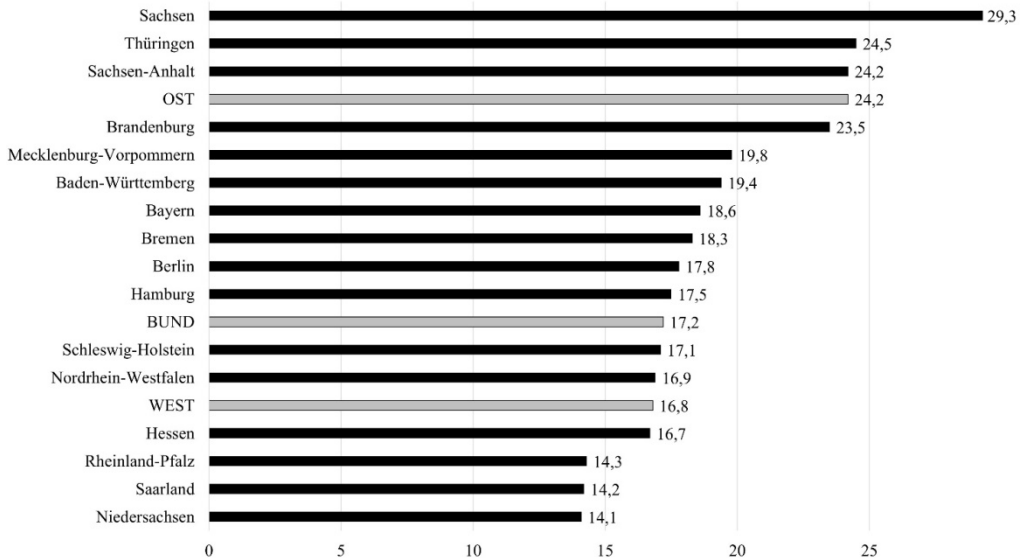
Das Bild einer geringeren Beteiligung der Ostdeutschen verfestigt sich mit Blick auf die Wahlkreisebene: In 43 der 49 Distrikte in den ‚neuen‘ Ländern (ohne Berlin²) haben sich die Wahlberechtigten in unterdurchschnittlichem Maße an dem Urnengang beteiligt. Vergleichsweise häufig nutzten lediglich die Einwohner in sechs Gebieten ihr Wahlrecht, wobei fünf Wahlkreise die Gemeinsamkeit der urbanen Prägung aufweisen. Inwiefern sich beispielsweise der Status als Universitätsstadt mit entsprechenden Milieus tatsächlich auf die Wahlbeteiligung auswirkt, müsste in einer separaten Studie untersucht werden.

3.2 Volatilität: erhebliche Wechselbereitschaft im Osten

Mit Blick auf die Volatilität, die dem Index von Mogens N. Pedersen (1979) folgend berechnet wurde, fallen große Differenzen auf: Die Ostdeutschen haben fast eineinhalbfach so oft wie ihre Landsleute im Westen für eine andere Partei als bei der vorangegangenen Wahl gestimmt. Besonders wechselbereit waren die Wähler/innen in Sachsen; der Freistaat ist mit einem Wert von 29,3 einsamer Spitzenreiter. Die Dimension dieses Wertes wird bei einem Vergleich mit dem Saarland, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz deutlich, denn in diesen drei Ländern war die Volatilität nicht einmal halb so stark ausgeprägt. Aber nicht nur in Sachsen, sondern auch in Thüringen, Sachsen-

Anhalt und Brandenburg hat sich ein erheblicher Teil der Wähler/innen für eine andere Partei als 2013 entschieden.

Abbildung 2: Volatilität bei den Zweitstimmen (nach ‚Pedersen‘-Index berechnet)



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Informationen des Bundeswahlleiters.

Demgegenüber sind die Wähler/innen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin (für ostdeutsche Verhältnisse) vergleichsweise treu: In der Hauptstadt fiel die Volatilität nur leicht überdurchschnittlich aus. Im Nordosten der Republik lag der Wert zwar über dem bundesweiten Mittel, aber ungefähr auf dem Niveau von Baden-Württemberg und nur etwas höher als in Bayern und Bremen.

3.3 Wahlergebnisse der Parteien: Ostdeutschland als Hochburg von AfD und Linke

Bei einer Auswertung der Zweitstimmenanteile fällt eine Spaltung Deutschlands in Ost und West auf: Während mit der AfD und der Linken die wichtigsten Akteure an den beiden Rändern des Parteienspektrums in den ‚neuen‘ Ländern und Berlin überdurchschnittlich gute Ergebnisse erreichten, gilt für CDU (beziehungsweise CSU), SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen als den Parteien der politischen Mitte sehr oft Spiegelbildliches (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Zweitstimmenanteile der Parteien (in Prozent)

	CDU/ CSU	SPD	AfD	FDP	Linke	Grüne	andere
Deutschland	32,9	20,5	12,6	10,7	9,2	8,9	5,2
– Ostdeutschland	27,6	13,9	21,9	7,5	17,8	5,0	6,3
– Westdeutschland	34,1	21,9	10,7	11,5	7,4	9,8	4,6
Baden-Württemberg	34,4	16,4	12,2	12,7	6,4	13,5	4,4
Bayern	38,8	15,3	12,4	10,2	6,1	9,8	7,4
Berlin	22,7	17,9	12,0	8,9	18,8	12,6	7,1
Brandenburg	26,7	17,6	20,2	7,1	17,2	5,0	6,2
Bremen	25,1	26,8	10,0	9,3	13,4	11,1	4,3
Hamburg	27,2	23,5	7,8	10,8	12,2	13,9	4,6
Hessen	30,9	23,5	11,9	11,5	8,1	9,7	4,4
Mecklenburg-Vorpommern	33,1	15,1	18,6	6,2	17,8	4,3	4,9
Niedersachsen	34,9	27,4	9,1	9,3	7,0	8,7	3,6
Nordrhein-Westfalen	32,6	26,0	9,4	13,1	7,5	7,6	3,8
Rheinland-Pfalz	35,9	24,1	11,2	10,4	6,8	7,6	4,0
Saarland	32,4	27,1	10,1	7,6	12,9	6,0	3,9
Sachsen	26,9	10,5	27,0	8,2	16,1	4,6	6,7
Sachsen-Anhalt	30,3	15,2	19,6	7,8	17,7	3,7	5,7
Schleswig-Holstein	34,0	23,3	8,2	12,6	7,3	12,0	2,6
Thüringen	28,8	13,2	22,7	7,8	16,9	4,1	6,5

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Bundeswahlleiters.

(a) *AfD*

Die ‚Alternative für Deutschland‘ erhielt in Sachsen (27,0%), Thüringen (22,7%), Brandenburg (20,2%), Sachsen-Anhalt (19,6%) und Mecklenburg-Vorpommern (18,6%) überdurchschnittlich viele Zweitstimmen. In vier ‚neuen‘ Ländern wurde die rechtspopulistische Partei zweitstärkste Kraft; in Sachsen schaffte sie es sogar an die erste Stelle. Demgegenüber rangiert die AfD in den westdeutschen Ländern und Berlin jeweils viermal auf den Plätzen 4 und 5, dreimal auf dem dritten Platz sowie einmal auf dem sechsten Platz.

Auf der Wahlkreisebene schnitt die AfD in ganz Ostdeutschland überdurchschnittlich gut ab. In sieben der 49 Distrikte holte sie die meisten Zweitstimmen. Sechs dieser Gebiete liegen in der östlichen Hälfte Sachsens, sodass diese Region, wo die AfD auch drei Direktmandate von der CDU eroberte, die Hochburg der Rechtspopulisten ist. Der siebte Wahlkreis umfasst Cottbus und den Landkreis Spree-Neiße im Süden Brandenburgs. Bei einem Blick auf die Landkarte wird klar, dass die Gebiete ein zusammenhängendes Territorium an der Grenze zu Polen und Tschechien bilden. Die in diesem Kontext gelegentlich geäußerte Vermutung, dass beispielsweise eine hohe Kriminalität und eine ökonomisch besonders schwierige Situation vor Ort zu einem Votum für die AfD führen würden, ließ sich bei einer Analyse für Sachsen nicht bestätigen (vgl. Träger 2018).

(b) *Die Linke*

Ähnlich wie bei der AfD fallen die Unterschiede zwischen Ost und West auch bei der Linken aus: Bei den Linkssozialisten sind zwar die Abstände zwischen den Ergebnissen nicht so groß wie bei den Rechtspopulisten, allerdings bilden Berlin und die ostdeutschen Flächenländer eine geschlossene Gruppe mit den höchsten Zweitstimmenanteilen. In der Hauptstadt wurde die Linke sogar zweitstärkste, in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen drittstärkste sowie in Brandenburg viertstärkste politische Kraft. Demgegenüber rangiert sie im Westen – mit Ausnahme der Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie des Saarlandes – auf dem sechsten Platz.

Die Linkssozialisten haben also auch 27 Jahre nach der Wiedervereinigung und ein Jahrzehnt nach dem Zusammenschluss von Linkspartei (PDS) und WASG ihre Hochburgen in Ostdeutschland. Dort erhielten sie in allen Wahlkreisen überdurchschnittliche Ergebnisse. Das gilt mit Aus-

nahme der (eher) bürgerlich geprägten Bezirke Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf im früheren Westteil der Stadt auch für Berlin. In sechs der zwölf Berliner Wahlkreise wurde die Linke stärkste Partei. Außerhalb der Spreemetropole geschah dies nur im Leipziger Süden mit seinem großen Mitte-Links-Milieu und einer Linksautonomen-Szene.

(c) CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen

Im Gegensatz zu AfD und Linke sind die Ergebnisse von Union, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in Ostdeutschland und Berlin (teilweise sehr) schlecht. Von diesem Schema weichen lediglich die Christdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern – also in dem Heimat-Landesverband der Kanzlerin – und die Bündnisgrünen in Berlin ab. Die niedrigen Stimmenanteile sind auf der Wahlkreisebene in Ostdeutschland fast flächendeckend zu beobachten. Nur in vereinzelten Regionen hatten Christdemokraten, Sozialdemokraten und Bündnisgrüne bessere Ergebnisse als im Bundesdurchschnitt. Diese Lichtblicke in der ostdeutschen Diaspora können jedoch für alle drei Parteien zusammen an zwei Händen abgezählt werden und fallen deshalb kaum ins Gewicht.

Deutliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt es auch in Berlin. Dort wurden die Grünen in sieben Wahlkreisen überdurchschnittlich häufig gewählt, wobei mit Ausnahme von Pankow keines dieser Gebiete ausschließlich im Osten liegt. Vor allem in den durch Hochhaussiedlungen mit sozialen Brennpunkten geprägten Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg im ehemaligen Ostteil der Hauptstadt erreichte die Umweltpartei besonders schlechte Ergebnisse. Im Westen von Berlin liegen die Liberalen dreimal und die Sozialdemokraten einmal oberhalb des bundesweiten Zweitstimmenanteils ihrer Partei.

4. Fazit: keine mehrheitsfähigen Koalitionsformate in Ostdeutschland

Auch bei der achten gesamtdeutschen Bundestagswahl stimmten die Wähler in Ost und West sehr unterschiedlich ab. Die Ostdeutschen nutzten ihr Wahlrecht abermals nicht so oft wie ihre Landsleute in den 'alten' Ländern, votierten häufiger für eine andere Partei als 2013 und wählten in weit überdurchschnittlichem Maße AfD oder Linke. Demgegenüber schnitten CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (teilweise wesentlich) schlechter ab. Auf der elektoralen Ebene ist Deutschland also auch fast drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung gespalten. Insofern kann der Einschätzung des bulgarischen Politikwissenschaftlers Ivan Krastev (2018, S. 113) zugestimmt werden, „dass die Ostdeutschen in ihrem politischen Denken und Wahlverhalten den Polen näher sind als den Westdeutschen.“

Das Wahlverhalten führte letztlich dazu, dass die Parteien der Großen Koalition in den fünf ‚neuen‘ Ländern und Berlin nur eine – allerdings sehr große – Minderheit der Wähler/innen von sich überzeugen konnten. Insofern weist die Bundesregierung ein elektorales Legitimationsdefizit in Ostdeutschland auf, weshalb (auch in diesem Fall)³ eine Charakterisierung als „West-Koalition“ (Gathmann 2017) zutreffend ist. In den ‚neuen‘ Ländern und Berlin wäre überhaupt keine ideologisch praktikable und politisch belastbare Regierungskonstellation⁴ möglich, die sich auf mehr als die Hälfte der Wähler/innen stützen könnte (siehe Tabelle 1). Wenn vergleichbare Mehrheitsverhältnisse bei den nächsten Landtagswahlen – beispielsweise schon 2019 in Brandenburg, Sachsen und/oder Thüringen – auftreten würden, wäre die Regierungsbildung nahezu unmöglich. Damit würde nicht nur demokratietheoretisch eine schwierige Situation entstehen; sondern die betroffenen Länder stünden am Rand der Unregierbarkeit. Insofern sollte das Wahlverhalten der Ostdeutschen im September 2017 für die etablierten (Volks-)Parteien auch über den Augenblick hinaus ein Alarmsignal sein: Wenn die Parteien eine politische Instabilität in den ‚neuen‘ Ländern vermeiden wollen, dann müssen sie schnell reagieren und geeignete Strategien entwickeln, um die Bürger/innen von ihrem politischen Angebot zu überzeugen und wieder zur Stimmabgabe zu motivieren. Damit stehen die Parteien vor einer Herkulesaufgabe, von der durchaus die politische Zukunft des Landes abhängen könnte.

Anmerkungen

- 1 Eine tabellarische Übersicht mit den Zweitstimmenanteilen in den Wahlkreisen ist auf der Homepage des Verfassers (<https://www.sozphil.uni-leipzig.de/cm/powi/dr-phil-hendrik-traeger/>) downloadbar.
- 2 Für Berlin ergibt sich kein einheitliches Bild, denn die Partizipationsquoten sind in den unterschiedlich strukturierten Wahlkreisen (Ost-West-übergreifend; komplett im Osten; komplett im Westen) überdurchschnittlich hoch.
- 3 Gathmanns Formulierung bezog sich auf eine ‚Jamaika‘-Koalition.
- 4 Das wären lagerinterne Bündnisse, eine Große Koalition, ‚Jamaika‘, eine ‚Ampel‘ und Rot-Rot-Grün.

Literatur

- Arzheimer, Kai/ Jürgen W. Falter (2002): Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 52. Jg. (H. 49-50), S. 27-35.
- Esslinger, Detlef (2017): Geteiltes Land, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 26. September 2017, S. 9.
- Gabriel, Oscar W. (2011): Der rote Osten: Ist Ostdeutschland politisch ganz anders?, in: Evelyn Bytzek/ Sigrid Roßteutscher (Hrsg.): *Der unbekannte Wähler. Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt am Main: Campus, S. 157-176.
- Gathmann, Florian (2017): Die West-Koalition, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/moegliches-jamaika-buendnis-die-west-koalition-a-1174256.html> (05.07.2018).
- Jesse, Eckhard (2004): Die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern 1990 bis 2004, in: *Deutschland-Archiv*, 37. Jg. (H. 6), S. 952-962.
- Jesse, Eckhard (2009): Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in den neuen Bundesländern seit 1990, in: *Deutschland-Archiv*, 42. Jg. (H. 6), S. 965-972.
- Jesse, Eckhard (2011): Wahlen und Parteien: Ostdeutsche Spezifika und westdeutsche Annäherungen, in: Astrid Lorenz (Hrsg.): *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 99-119.
- Krastev, Ivan (2018): „Einer von uns“ (Interview), in: *Der Spiegel*, 72. Jg. (H. 4), S. 112-118.
- Kreikenbom, Henry (1998): Nachwirkungen der SED-Ära. Die PDS als Katalysator der Partei- und Wahlpräferenzen in den neuen Bundesländern, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 29. Jg. (H. 1), S. 24-46.
- Ohr, Dieter/ Markus Quandt (2012): Parteiidentifikation in Deutschland: Eine empirische Fundierung des Konzeptes auf Basis der Theorie Sozialer Identität, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.): *Wählen in Deutschland*, Baden-Baden: Nomos, S. 182-207.
- Pedersen, Mogens N. (1979): The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, in: *European Journal of Political Research*, 7. Jg. (H. 1), S. 1-26.
- Schmitt, Karl (2001): Wählt der Osten anders? Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung, in: Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 96-110.
- Schoon, Steffen/ Nikolaus Werz (2005): Die Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern, in: *Deutschland-Archiv*, 38. Jg. (H. 6), S. 972-980.
- Träger, Hendrik (2011): Wählt der Osten immer noch anders? Ein Vergleich der Wahlergebnisse des Jahres 2011 in Ost und West, in: *Deutschland-Archiv*, 44. Jg. (H. 4), S. 491-499.
- Träger, Hendrik (2015): Ein Vierteljahrhundert Wahlen in Ost und West (1990 bis 2014): regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 46. Jg. (H. 1), S. 57-81. <http://dx.doi.org/10.5771/0340-1758-2015-1-57>; <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2015-1-57>
- Träger, Hendrik (2018): Sachsens „blaues Wunder“ bei der Bundestagswahl 2017, in: *Zeitschrift für Politik*, 65. Jg. (H. 2), S. 195-216. <http://dx.doi.org/10.5771/0044-3360-2018-2-195>; <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2018-2-195>